

DER NEUE VOLVO V40.
IT'S YOU!



PREMIERE AM SAMSTAG, DEN 15. 9. 2012

Kraftstoffverbrauch kombiniert von 3,6 l/100 km – 7,5 l/100 km.
CO₂-Emissionen kombiniert von 84 g/km – 136 g/km (gemäß VO/715/2007/EWG).

E-R-B AUTO ZENTRUM www.erb-autozentrum.de

Hannoversche Allgemeine

www.haz.de

Donnerstag, 13. September 2012

ZEITUNG

Nr. 215 • 37. Woche • Preis 1,40 €

HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893



Ziel Sportabzeichen:
Wie sich Senioren mit Spaß fit halten / **Magazin**

Kleiner Pilz, große Wirkung:
Der Gemeine Spaltblättling soll scheinbar leere Ölquellen wieder sprudeln lassen / **S. 6**

Neu im Kino:
Deftig und ziemlich unbekümmert – das DDR-Drama „Wir wollten aufs Meer“ / **S. 22**

Andrea Fischer wird Dezernentin bei der Region

Hannover (se). Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) wechselt aus Berlin nach Hannover und wird bei der Regionsverwaltung Dezernentin für Finanzen und Gebäudewirtschaft. Die Grünen hatten dieses zusätzliche Dezernat reklamiert und die Kontakte zu Fischer geknüpft. Regionspräsident Hauke Jagau (SPD), der das formelle Vorschlagsrecht für den Spitzenjob hat, zeigte sich hochzufrieden mit der Personalie. Fischer, die nach ihrem Ausscheiden als Ministerin im Jahr 2001 zehn Jahre von der politischen Bühne verschwunden war, sprach von einer außerordentlich interessanten Aufgabe. Sie soll möglichst noch im September von der Regionsversammlung gewählt werden. **Seite 15**



HEUTE IN DER HAZ

Talanx will nun doch nicht an die Börse

Wirtschaft: Der Börsengang des hannoverschen Versicherungskonzerns Talanx ist gescheitert. Nur acht Tage nach der Ankündigung machte das Unternehmen am Mittwochabend überraschend einen Rückzieher. Die Investoren hätten zu große Abschlüsse für die Aktien verlangt, begründete Vorstandschef Herbert Haas den Schritt. **Seite 11**

Neues aus der Nachbarschaft im **Stadt-Anzeiger**



Rekord bei Steuereinnahmen

Hannover: Hannovers Verwaltung verbucht Steuereinnahmen in nicht gekannter Höhe. Die Gewerbesteuer bringt dieses Jahr 600.000 Euro ein – 100.000 mehr als erwartet. Der Kämmerer rechnet sogar mit einem Haushaltsplus. **Seite 15**

Dax 7343,53 (+ 33,42)
Dow Jones Schluss 13.337,71 (+ 14,21)
Euro (EZB) 1,2896 (+ 1,2787) Dollar

Üstra prüft Ampelschaltungen

Hannover: Die Üstra will Hannovers Autofahrern entgegenkommen. Nach der IHK-Kritik wegen Vorrangschaltungen für Bahnen und Busse an Ampeln bot Üstra-Chef André Neiß im HAZ-Gespräch eine Überprüfung an. **Seite 15**

Lottozahlen: 8, 19, 26, 36, 39, 49 (11)
Superzahl: 7
Spiel 77: 4 0 5 8 3 4 3
Super 6: 7 2 3 4 6 6
(Ohne Gewähr)

Hannoversche Allgemeine



Ihre neue Zeitung auf dem iPad
HAZ 24
Heute unter anderem:

■ **Starker Stoff:** Beton ist bei Möbeldesignern das neue Trendmaterial

■ **Von Hollywood ins Fürstentum:** Erinnerung an Grace Kelly

Rätsel	Seite 9, 23
Börsen & Märkte	Seite 12
Roman	Seite 23
Familienanzeigen	Seite 23
Medien / TV	Seite 27
Täglich (fast) alles	Seite 28

17° Anfangs örtlich noch Regen, später Auflockerungen. Schwacher Wind aus West. **Seite 28**

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*
Internet: www.haz.de
* Kostlose Servicenummer.



Ein großer Tag für Marius

Mensch Marius! So ist das also, wenn alle Kameras auf einen gerichtet sind. Und wenn man einmal selbst der Star ist. Marius wurde gestern von den Ärzten der Medizinischen Hochschule Hannover als Patient präsentiert, auf den alle stolz sein können: Dem zwölfjährigen Jungen sind zwei von seinen Eltern stammende Lungenflügel eingepflanzt worden. Die erste Transplantation dieser Art rettete ihm das Leben. Die Ärzte lobten den Fußballfan als „Kämpfer“ – und Marius lobte seine Mutter und seinen Vater: „Toll, dass ich solche Eltern habe.“ **► Seite 17**

Die Euro-Retter dürfen weiterarbeiten

■ **Aufatmen in Berlin und Brüssel: Karlsruhe erlaubt den ESM** ■ **Auch die Kläger sind zufrieden: Regierung bekommt Auflagen**

VON JOACHIM RIECKER

Berlin/Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat den für Dauer angelegten Euro-Rettungsschirm ESM gestern unter Vorbehalt genehmigt. Bevor der Vertrag durch die Unterschrift von Bundespräsident Joachim Gauck ratifiziert und damit in Kraft treten kann, muss die Bundesregierung völkerrechtlich sicherstellen, dass die Haftung Deutschlands auf die vereinbarten 190 Milliarden Euro beschränkt bleibt. Außerdem verlangt das Gericht, dass Bundestag und Bundesrat über alle Aktivitäten des ESM umfassend informiert werden.

In der Generaldebatte des Bundestags sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Entscheidung, es sei „ein guter Tag für Deutschland und ein guter Tag für Europa“. Deutschland nehme seine Verantwortung als größte Volkswirtschaft und verlässlicher Partner in Europa entschlossen wahr und sei sowohl Stabilitätsanker als auch Wachstumsmotor des Kontinents.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte, er freue sich über die Entscheidung in Karlsruhe. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sprach von einer guten Nachricht für die Arbeitnehmer in Deutschland. „Unsere Arbeitsplätze hängen auch vom Wohlergehen anderer in Europa ab“, so Gabriel. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi, der die Klage gegen den ESM unterstützt hatte, sprach ebenfalls von einem Erfolg. Karlsruhe habe die Rechte des Bundestags bei der Euro-Rettungspolitik erneut gestärkt.

Auch im Ausland gab es Erleichterung. Italiens Ministerpräsident Mario Monti sagte, das Urteil sei „eine gute, eine exzellente Nachricht“. Deutschland ist das einzige der 17 Euro-Länder, das den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM noch nicht ratifiziert hat. Ursprünglich sollte er bereits zum 1. Juli in Kraft treten.

Gerichtspräsident Voßkuhle hatte in seiner mündlichen Urteilsbegründung, betont die Zweckmäßigkeit und Sinnhaftigkeit“ des Rettungspaketes entschieden. Das sei und bleibe Aufgabe der Politik. Niemand könne mit Sicherheit sagen, welche Maßnahmen für Deutschland und Europa in der gegenwärtigen Krise tatsächlich am besten seien. Er kündigte an, die Entscheidung der Europäischen Zentralbank zum Ankauf von Staatsanleihen überschuldeter Euro-Länder in den nächsten Wochen rechtlich überprüfen zu wollen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler hatte noch am Wochenende einen Eilantrag nach Karlsruhe geschickt, der sich gegen diese Ankündigung der EZB richtete. Diesen Antrag lehnte das Gericht ausdrücklich ab.

- **Das Votum der Richter** Seite 4
- **Die Reaktionen in Berlin** Seite 5
- **Die Meinung der Experten** Seite 5

Streit mit Brüssel über die Banken

Straßburg/Brüssel (dapd). Beim Aufbau einer schlagkräftigen Bankenaufsicht provoziert EU-Kommissar José Manuel Barroso neuen Streit mit Berlin. Barroso will kriselnde Institute schon zum 1. Januar unter Kuratel der Europäischen Zentralbank (EZB) stellen, damit sie den Rettungsfonds ESM direkt anzapfen können. Außerdem pocht Brüssel darauf, der EZB die Kontrolle über alle gut 6000 Geldhäuser in der Euro-Zone zu geben. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) reagierte mit harscher Kritik. „Europa sollte keine Erwartungen wecken, die es nicht erfüllen kann“, erklärte er mit Blick auf den Zeitplan.

► **Barrosos Plan** Seite 9



„Über den Sinn muss die Politik entscheiden“: Verfassungsgerichtspräsident Voßkuhle. rtr

Regierungspartei liegt knapp vorn

Den Haag (afp). Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in den Niederlanden liegen die regierenden Rechtsliberalen knapp vorn. Die Partei VVD von Ministerpräsident Mark Rutte hat am Mittwochabend veröffentlichte Teilergebnisse zufolge 44 der insgesamt 150 Sitze im Parlament gewonnen. Knapp dahinter liegt demnach die sozialdemokratische PvdA mit 40 Mandaten. Überraschend hohe Verluste muss der Rechtspolit Geert Wilders verbuchen. Seine „Partei für die Freiheit“ sackt den Angaben zufolge von 24 auf 13 Sitze ab. Die bisherige christdemokratische Regierungspartei verliert ebenfalls stark und kommt auf 13 Sitze. Neue drittstärkste Kraft wird die Sozialistische Partei mit 15 Sitzen.

Bundesverfassungsgericht Kunst aus Karlsruhe

VON MATTHIAS KOCH

Gestern früh, das Urteil war noch nicht gesprochen, gingen einige aufgegrätzte Fernseh- und Radioreporter schon mal live auf Sendung. Ganz Europa, trommelten sie, blicke heute wie gebannt auf das Bundesverfassungsgericht. Ganz Europa? Das war sogar untertrieben. Noch während der Verlesung des Urteils veränderte sich zum Beispiel auch der Onlineauftritt der „New York Times“ – der Aufmacher kam jetzt aus einer beschaulichen kleinen Stadt im Badischen: Karlsruhe, Germany.

Noch nie in der deutschen Geschichte gab es eine solche wie ein Laserstrahl konzentrierte weltweite Aufmerksamkeit für das höchste Gericht des Landes. Und noch nie lastete eine so gigantische Verantwortung auf den Richtern: Jeder auch nur nach Millimetern zu messende Fehltritt hätte zu unabsehbaren Konsequenzen führen können.

Zum Glück hat das Gericht mit Andreas Voßkuhle einen Präsidenten, dem die ungewöhnlich prekäre Situation von der ersten Sekunde an klar vor Augen stand. Voßkuhle hat nicht nur Rechtskenntnisse und Faktenwissen, sondern auch ein Gefühl für Wirkungen, für Medien, für Politik. Heikel, das wusste er, würde der Prozess nicht erst im Hauptsacheverfahren. Schon die vorab nötige Entscheidung über eine einstweilige Anordnung könnte an den globalen Finanzmärkten Schockreaktionen auslösen.

Normalerweise macht es einem gestandenen deutschen Richter nichts aus, ein staatliches Handeln, dessen Rechtmäßigkeit unstrittig ist, im Zweifelsfall mal eben vorläufig zu stoppen. Die Richter können sich, nachdem sie eine solche einstweilige Anordnung erlassen haben, ein bisschen die Augen reiben, dann die Lesebrille aufsetzen und in Ruhe die Einzelheiten studieren, gegebenenfalls monatlang. Auch bei den Klagen gegen die Euro-Rettungssysteme hätte das Gericht theoretisch erst mal alle Signale auf Stopp stellen und sehr viel später über die Einzelheiten urteilen können. Doch was wäre passiert, wenn von Karlsruhe die Nachricht ausgegangen wäre, die deutsche Regierung sei soeben von Gerichts wegen daran gehindert worden,

anderen Staaten noch mit Geld oder Bürgschaften zu helfen? Selbst wenn jemand noch rasch hinterher gerufen hätte, dies gelte nur vorläufig, wären schon über Nacht nicht nur diverse Banken, sondern vielleicht ganze Volkswirtschaften und Staaten ins Taumeln geraten.

Seinen Kollegen gab Voßkuhle die Warnung mit auf den Weg: Die Märkte hören uns nicht zweimal zu. Und so entwickelte das achtköpfige Richterteam ein neues Verfahren. Es zögerte die Entscheidung über die einstweilige Anordnung ungewöhnlich lange hinaus – und verband dieses Vor-Urteil gleich mit einer groben Bewertung in der Hauptsache.

Der Effekt dieses nie dagewesenen Kunstgriffs ist jetzt zu besichtigen: Es gibt ein vorweggenommenes „Ja, aber“, das juristisch einiges korrigiert, ohne politisch etwas kaputt zu machen. Kanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble bleiben handlungsfähig. Niemand greift der europäischen Politik in die Speichen. Dennoch werden die Rechte des Bundestages einmal mehr über den Tag hinaus gestärkt. Auch die Kläger können zufrieden sein: Ihr Vorgehen hat nicht nur Klarstellungen erwirkt, sondern auch Grenzen der deutschen Haftung markiert und insgesamt eine schon leicht abgehobene europäisch-bürokratische Gesetzgebung zurückgekehrt in Richtung Demokratieprinzip.

Mitten in einer für viele Menschen undurchsichtigen Krisensituation haben Voßkuhle und seine sieben Kollegen über Deutschland und den Deutschen ihren ganz eigenen Rettungsschirm aufgespannt: Die Exekutive hierzulande bleibt gebunden an Recht, es ihr weiterhin die Herrschaft des Grundgesetzes.

Diese Gewissheit zu haben ist gut. Sie behindert auch keineswegs das europäische Zusammenwirken, auch wenn auswärtige Kritiker manchmal über den Autoritätsanspruch des deutschen Verfassungsgerichts die Nase rümpfen. Nichts würde die Hilfsbereitschaft der Deutschen in der Schuldenkrise stärker dämpfen als der Eindruck völliger Intransparenz und Haltlosigkeit. Das Gericht hat jetzt zwar der deutschen Politik einen Rahmen gesetzt – aber ihr dadurch unter Strich den Rücken gestärkt.

Ein Fehltritt hätte ganze Staaten ins Taumeln gebracht

Der fünfte Streich

Apple stellt in Kalifornien sein neues iPhone vor – mit einem größeren Display und einer schnelleren Datenübertragung

VON FRED SCHENKER

Der Hype um das kleine „i“ trägt einen neuen Namen: iPhone 5 heißt Apples neues Smartphone, dem die globale Fangemeinde seit Wochen entgegengefeuert hat. Vor Hunderten Journalisten und Internetaudience stellte Konzernchef Tim Cook das neue Gerät am Mittwochabend in San Francisco vor. Und wie erwartet sparte Apple nicht mit Superlativen: Es sei „das schönste Produkt, das wir jemals produziert haben“, sagte Apple-Manager Phil Schiller während der Präsentation. Schön ist es in der Tat, doch der von vielen Apple-Fans erhoffte „Wow-Moment“ blieb aus.

Apple spendiert seiner neuen Smartphone-Generation ein größeres 4-Zoll-Display, zugleich wird das Gerät leichter und dünner und verfügt über eine Rückseite aus Aluminium. Neu ist der Funkstandard LTE für eine schnellere Datenübertragung, der in Deutschland vorerst nur von der Telekom unterstützt wird. Zudem bekommt das iPhone 5 einen schnelleren Prozessor und einen kleineren Anschlussstecker.

Solide – so lautete das Urteil zahlreicher Blogger und Fachjournalisten, mehr aber nicht. So bieten die neuesten Smartphones von Samsung und Nokia ebenfalls den LTE-Standard an – und sogar noch manches mehr. Das iPhone 5 ist

folglich eher ein Update auf das Hardware-Niveau der immer stärker werdenden Konkurrenz.

Manch Apple-Fan reagierte deshalb enttäuscht – und dürfte trotzdem Hunderte Euro für das neue iPhone ausgeben. Denn der eigentliche Fortschritt, den das Apple-Team um Tim Cook gestern Abend präsentierte, ist das neue Betriebssystem für die mobilen Apple-Geräte: iOS 6 gibt es ab dem 19. September, und obwohl es kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt wird, kommt es für Apple einer Lizenz zum Geldrücken gleich. Denn wer alle neuen Funktionen wie den Kartendienst samt Navigationsfunktion oder die digitale Portemonnaie-App Passbook

nutzen will, der schaut bereits mit dem zwei Jahre alten Vorgängermodell iPhone 4 mitunter in die Röhre. Besitzer eines Apple-Smartphones der 3er-Generationen werden noch stärker ausgebremst, da ihre Geräte für die neuen, hochauflösenden Miniprogramme aus dem App-Store zu wenig Rechenleistung besitzen. Auch Besitzer des iPad 2 müssen aufrüsten, wollen sie das neue Betriebssystem iOS 6 in vollem Umfang nutzen.



Das neue Apple-Chef Tim Cook mit dem iPhone 5. ap

Und genau hier schließt sich der Kreis für den Konzern: Wer in der nach außen abgeschotteten Apple-Welt verbleiben möchte, der wird wohl wieder in einen der Apple-Läden gehen – bereits am 21. September, wenn man das eigene Smartphone als Ausdruck von Lifestyle und Trendsetting begreift; zumindest aber in absehbarer Zeit, wenn man technisch in der Apple-Welt nicht aufs Abstellgleis geschoben werden möchte.